



**LANDKREIS**  
**ERDING**

## PROTOKOLL

---

**öffentlich**

**Büro des Landrats**  
**BL**

Alois-Schießl-Platz 2  
85435 Erding

Ansprechpartner/in:  
Elfriede Mayer

Zi.Nr.: 209

Tel. 08122/58-1129  
Fax 08122/58-1109  
elfriede.mayer@ira-  
ed.de

Erding, 11.11.2009  
Az.:

### **9. Sitzung des Ausschusses für Struktur, Verkehr und Umwelt am 28.10.2009**

#### **Anwesend und stimmberechtigt sind die Kreisräte:**

Bendl, Roswitha	
Biller, Josef	bis 18.20 Uhr
Dieckmann, Ulla	
Fischer, Siegfried	
Gruber, Michael	
Grundner, Heinz	ab 15.10 Uhr
Hofstetter, Franz Josef	
Oberhofer, Michael	i.V.v. Hagl Monika
Peis, Hans	
Rübensaal, Siegfried	
Seeger, Hannelore	
Wiesmaier, Hans	bis 17.45 Uhr

#### **sowie als Vorsitzender:**

Landrat Martin Bayerstorfer

#### **von der Verwaltung:**

Kohout Caroline  
Thomas Wolfgang (TOP 1)  
Becker Birgit (TOP 1)  
Helfer Helmut (TOP 2, 3 und 4)  
Mayer Elfriede (Protokoll)  
Centner Christina



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Ferner nehmen teil:**

Herr Dr. Haller und Herr Breuel von MVV-Consulting (TOP 1)  
Herr Mersdorf (TOP 1)  
Herr Enzfelder vom Kommunalen Prüfungsverband zu TOP 3

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 15:00 Uhr. Er stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde und Beschlussfähigkeit besteht. Ergänzungs- oder Änderungswünsche werden nicht vorgetragen. Somit gilt folgende

**Tagesordnung**

**I. Öffentlicher Teil:**

1. ÖPNV/Regionalbusverkehr  
Nahverkehrsplan  
Vorlage: 2009/0550
2. Haushaltswesen  
Feststellung und Entlastung für den Jahresabschluss 2007  
"DSD Landkreis Erding"  
Vorlage: 2009/0523
3. Haushaltswesen  
Betrieb gewerblicher Art "DSD Landkreis Erding";  
Verrechnung der Rücklagen des Betriebes mit den Forderungen  
gegenüber dem Landkreis  
Vorlage: 2009/0526
4. Haushaltswesen – Kreisstraßen  
Genehmigung einer Eilentscheidung  
Vorlage: 2009/0559
5. Bekanntgaben und Anfragen
  - 5.1 Integriertes Klimaschutzkonzept  
Vorlage: 2009/0561
  - 5.2 Grüngutanlieferung bei der Fa. Wurzer
  - 5.3 Airfolgsregion - Anfrage



**LANDKREIS**  
**ERDING**

**I. Öffentlicher Teil der Sitzung des Ausschusses für Struktur, Verkehr und Umwelt am 28.10.2009**

**1. ÖPNV/Regionalbusverkehr  
Nahverkehrsplan  
Vorlage: 2009/0550**

Büro des Landrats  
BL

**Der Vorsitzende** begrüßt Herrn Dr. Haller, Herrn Breuel und Herrn Mersdorf und bittet Herrn Dr. Haller um Ausführung.

**Dr. Haller** erklärt, er werde heute einen Sachstandsbericht zu den erfolgten Arbeiten zum Nahverkehrsplan geben und die Abstimmung der Rahmenkonzeption vorstellen (Auszüge aus der Strukturanalyse, Auszüge aus der ÖPNV-Analyse). Zudem sei ein Beschluss über die Zielsetzungen zu fassen.

Der Nahverkehrsplan sei im Bayer. ÖPNV-Gesetz verankert und sei mittlerweile eine freiwillige Aufgabe. Der Nahverkehrsplan sei ein Instrumentarium, das bei der Genehmigungsbehörde, Reg. v. Obb. Einfluss nimmt. Der fachliche Hintergrund für die Erstellung sei, das Bayer. Staatsministerium für Wirtschaft, Verkehr und Technologie habe 1998 eine Leitlinie zur Nahverkehrsplanung in Bayern herausgegeben, an der sich die MVV-Consulting bei der Erstellung von Nahverkehrsplänen orientiert (Festlegung von Mindestinhalten des Nahverkehrsplanes, Tabellen mit Grenz- und Richtwerten zur Beurteilung des Angebots im Hinblick auf eine ausreichende Verkehrsbedienung, Hilfestellung bei der Datenbeschaffung und Prognose). Ein wichtiger Punkt sei die Beteiligung bei der Nahverkehrsplanung. Es müssen die vorhandenen Unternehmer beteiligt, die Fahrplankonzepte im SPNV abgestimmt, die Gemeinden, Schulen und die Interessenverbände (z.B. Pro Bahn e.V.) eingebunden werden. Die Abstimmung sei in zwei Workshops im April 2009 durchgeführt worden. Aus diesem Workshop sei ein wichtiges Thema, der Schülerverkehr, dargestellt worden. Es sei explizit im Juli 2009 ein „Runder Tisch“ eingerichtet worden.

Die Gliederung eines Nahverkehrsplans sei

- die raumstrukturellen Entwicklungen (Bestandsaufnahme und Analyse)
- die Analyse des derzeitigen ÖPNV-Angebots und
- ein Rahmenkonzept für das künftige ÖPNV-Angebot.

Heute geht es auch darum, Zielvorgaben für den Landkreis zu beschließen. Aufgrund der Zielvorgaben soll das Leistungsangebot weiter konkretisiert werden. Dazu sei der Landkreis in zwei Planungsbereiche aufgeteilt worden (westlicher Landkreis mit der Stadt Erding und östlicher Landkreis).

Bestandteile des Planungsschritts, der nach der heutigen Sitzung folgt, seien Maßnahmenpakete in den Nahverkehrsplan aufzunehmen zur Linienkonzeption, zu Aussagen zu bedarfsgesteuerten Betriebsformen, zu Aussagen zum Fahrplanangebot und zur Finanzierung.

Daneben erfolgt ein Arbeitspaket, in dem die begleitenden Maßnahmen (in Richtung Qualitätsstandards bei Bussen und Haltestellen bzw. Infrastruktur, Qualitätssicherung/Anschlusssicherung, Verbesserung der

landkreisspezifischen ÖPNV-Information und Optimierung von bedarfsgesteuerten Verkehren) aufgenommen werden.



Zur ÖPNV-Analyse/Strukturanalyse erklärt er, das ÖPNV-Angebot muss die Rahmenbedingungen der Raumstruktur und die Landkreisentwicklung widerspiegeln.

**LANDKREIS**  
**ERDING**

Entsprechend seien Analysen über die Einwohnerentwicklung, Arbeitsplatzsituation, der Schulen und Schülerentwicklung durchgeführt worden.

Büro des Landrats  
BL

Dr. Haller zeigt dazu Auszüge aus der Strukturanalyse zur Entwicklung der Einwohnerzahlen, zur Herkunft der Schüler der weiterführenden Schulen, zu den Auspendlern nach München.

Die Entwicklung der Einwohnerzahlen sei positiv. Eine Stagnation der Einwohnerzahlen gebe es in den Gemeinden Steinkirchen und Wörth. Es sei auch deutlich eine gewisse Zweiteilung, westlicher und östlicher Landkreis zu sehen.

Dabei sei wichtig gewesen, die Herkunft der Schüler der weiterführenden Schulen zu analysieren. Auch hier gebe es eine deutliche Trennung in einen West- und Ostbereich des Landkreises.

Zur Strukturanalyse erklärt er, die Auspendlersituation nach München pro 1.000 Einwohner sei im südwestlichen Bereich deutlich höher. Allerdings sei auch sichtbar, dass an den S-Bahnachsen bzw. an der BAB-Achse deutlich höhere Pendleranteile Richtung München zu verzeichnen seien.

**Kreisrat Wiesmaier** fragt, woher die Daten kommen.

**Dr. Haller** antwortet, die Daten seien relativ aktuell und kommen von der Bundesagentur für Arbeit.

**Kreisrat Hofstetter** fragt, ob bei den Auspendlern und Schulverkehrsstandorten auch die landkreisübergreifenden Verkehre zu den nächstliegenden Kommunen aufgenommen worden sind.

**Dr. Haller** erklärt, es sei das bestehende Liniennetz im Landkreis analysiert worden. Das Mittelzentrum sei sehr gut erreichbar. Im östlichen Landkreis gebe es Verbindungslinien zwischen den Orten Taufkirchen und Dorfen. Zu den Hauptverkehrszeiten sei das Angebot durchgehend positiv. Im Vormittags- und Nachmittagsverkehr gebe es in weiten Teilen positive Erschließungen. Die Verbindungen im Bereich Eitting und zwischen Taufkirchen und Dorfen seien am Vormittag und Nachmittag nicht so gut.

Die zeitliche Verfügbarkeit des Angebots sei detaillierter geprüft worden. Es seien dabei auch Orte ab 200 Einwohner analysiert worden. Dabei sei zu sehen, dass in weiten Teilen des Landkreises das Angebot zu allen Zeiten verfügbar sei. Das sei insbesondere auf das Angebot der ALT zurückzuführen. Allerdings gibt es auch geringe oder keine Angebote in der Schwachverkehrszeit in den Gemeinden Sankt Wolfgang, Lengdorf, Wörth, Berglern und in Teilen im Erdinger Holzland. Auch die Gemeinde Eitting habe nur ein Angebot in der Hauptverkehrszeit und in der Normalverkehrszeit am Nachmittag.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

Ein wichtiges Kriterium bei den Fahrzeiten seien die Fahrzeiten nach München. In der ersten Stufe sei die Fahrzeit nach München 32 bis 45 Minuten, in der zweiten Stufe bis über 90 Minuten. Das sei aber durch die geografische Entfernung gegeben. Es stellt sich die Frage, inwieweit es Möglichkeiten gibt, eventuell durch eine schnellere Anbindung an Bahnhöfen (z.B. Gemeinde Sankt Wolfgang an den Bahnhof Dorfen) eine schnellere Verbindung nach München zu erreichen.

**Kreisrat Rübensaal** merkt an, Dr. Haller spricht ihm aus der Seele. Vor 10 Jahren habe er schon auf eine schnellere Anbindung nach München hingewiesen. Damals sei das ignoriert worden. Heute sei dies bei den Zielen aufgeführt. Er stellt fest, die Idee von damals sei schon richtig gewesen. Dr. Haller bestätigt, dass es Bahnhöfe im Landkreis gibt, an denen die Busse vorbeifahren, z.B. Thann-Matzbach.

**Der Vorsitzende** sagt, es sei richtig, dies zu berücksichtigen. Entscheidend sei aber, in welcher Art und Weise eine Nutzung nachgefragt wird. Dorfen sei seitens des ÖPNV gut angebunden. Auch der Raum Taufkirchen sei an Dorfen angebunden. Dabei sei aber auch festzustellen, dass ab dem Bahnhof Dorfen eine bessere Anbindung nach München besteht. Auch der Bahnhof Thann-Matzbach sei deutlich ausgeweitet worden.

**Kreisrat Rübensaal** denkt, wo kein Angebot ist, gibt es keine Nachfrage.

**Kreisrat Fischer** fragt, ob die Fahrzeiten innerhalb des Landkreises bezüglich der Schulstandorte auch untersucht worden sind.

**Dr. Haller** sagt, die Schulstandorte mit den weiterführenden Schulen (Realschule, Gymnasium) seien untersucht worden.

**Der Vorsitzende** verweist auf den ersten Absatz im Beschlussvorschlag: „Der Schülerverkehr hat einen hohen Anteil am öffentlichen Linienverkehr. Insbesondere zum regulären morgendlichen Unterrichtsbeginn und zu wichtigen Regelschlusszeiten, G 8 und 6-stufige Realschule werden berücksichtigt, der öffentliche Linienverkehr soll sich am Bedarf der Schüler orientieren. ....“.

Er verliest einen Aktenvermerk von Herrn Thomas: „Anfang September ist an alle Schulen (Realschulen, Gymnasien) eine Mail verschickt worden. Als Anlage waren dort die Entwürfe der neuen Fahrpläne beigelegt. In Abstimmung mit den Unternehmern wurden auf einigen Linien, wo es umlaufbedingt möglich war, Fahrplanoptimierungen dergestalt vorgenommen, dass die Sollankunftszeiten um einige Minuten vorverlegt wurden. Die Schulen wurden um Stellungnahme bis Ende September gebeten. Es gingen keine Stellungnahmen ein. Die RVO hat am 23.09. und Herr Gutt am 02.10 und 05.10. die Busankünfte am Kreiskrankenhaus und am Gymnasium II vor Ort geprüft. Im Fokus standen aufgrund der aktuellen Beschwerde von Bürgermeisterin Kruppa die Busse aus Richtung Moosinning. Die Busse kamen alle so rechtzeitig an, dass ein pünktliches Erreichen der Schulen gewährleistet war. Auch die den anderen Bussen wurden keine auffälligen Verspätungen registriert.“



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Kreisrätin Dieckmann** erklärt, sie habe einiges gesammelt, weil doch einige Busse zu spät kommen. Sie werde eine Auflistung Herrn Gutt vorlegen.

**Der Vorsitzende** betont, er erwartet schon, dass die Schulleiter der Verwaltung das mitteilen. Für die Verwaltung seien die direkten Ansprechpartner die Schulleiter. Er zeigt sich verwundert, dass die Schulleiter weder zum Fahrplan noch zum möglichen Zuspätkommen von Schülern nicht Stellung nehmen.

**Kreisrätin Dickmann** merkt an, viele Schulleiter haben angenommen, dass zum Fahrplanwechsel keine Änderungen mehr möglich sind. Sie findet es im Vorfeld schade, dass nicht alle Kreisräte informiert worden sind. Sie verweist auf das Protokoll des „Runden Tisches“ vom 23.07.2009.

**Der Vorsitzende** merkt an, der Schülerverkehr steht an erster Stelle des Beschlusses, sei aber nicht ausschließlich. Der Schülerverkehr sei wichtig, aber der Landkreis habe ÖPNV zu gewährleisten. Das bedeutet, Anschlussbeziehungen zu den Bahnhöfen, zu den einzelnen Zentren und einzelnen Gemeinden herzustellen. Er bittet schon um Verständnis, dass in einem großen Paket das alles berücksichtigt werden müsse und nicht nur individuell der Schülerverkehr im Vordergrund gesehen werden kann.

**Dr. Haller** ergänzt, eine Auswertung zeigt, dass Schule, Ausbildung und Studium rd. 55 % Tagesanteil an Werktagen sei. Der Schülerverkehr zu den weiterführenden Schulen im Landkreis sei rd. 50 %, der Berufsverkehr rd. 21 %. Überraschend sei der Anteil von Freizeitverkehren mit 14.000 Fahrgästen werktäglich.

**Kreisrat Rübensaal** fragt, ob Werktage auch Schultage bedeuten.

**Dr. Haller** sagt, es seien Werktage an Schultagen gemeint.

**Kreisrat Peis** fragt, wer am „Runden Tisch“ beteiligt gewesen sei. Ihn wundert, warum von den Schulen keine Rückmeldung gekommen sei, wenn es doch Beschwerden gegeben habe.

**Kreisrätin Dieckmann** berichtet, beim 1. „Runden Tisch“ seien alle Bürgermeister eingeladen worden, beim 2. Treffen nur einzelne Bürgermeister. Die Treffen seien konstruktiv verlaufen.

**Frau Becker** ergänzt, die Einladung sei an die Schulleiter und Elternbeiräte versandt worden. Die Bürgermeister haben keine explizite Einladung erhalten.

**Kreisrat Hofstetter** berichtet, die Schulverbände im östlichen Bereich (Taufkirchen) regeln die Schulverkehre bestens. Trotzdem sei es richtig, den Schülerverkehr allen voranzustellen.

**Dr. Haller** sagt, es sei richtig, der östliche Landkreis habe keine Probleme beim Schülerverkehr. Die Probleme gibt es vornehmlich im Bereich der Stadt Erding.

**Kreisrat Fischer** merkt an, die Probleme werden neuerdings dadurch gelöst, weil Herr Gutt in den Schulbussen mitfährt und den Schülern sagt, wie sie sich zu verhalten haben.



**Der Vorsitzende** sagt, das werde aber nicht immer positiv aufgenommen.

**Dr. Haller** weist weiter auf die eingeführten Ruftaxen im Landkreis hin, die auf mehreren Linien in den Schwachverkehrszeiten eingeführt worden sind. Die Situation sei äußerst positiv. Es gibt eine hohe Nachfrage bei den Linien nach Taufkirchen, Berglern, Moosinning, Neuching, Finsing und auch Wartenberg. Eine geringe Nachfrage von Fahrten sei bei der Linie 5311 oder 5610 Wartenberg-Berglern. Die nachgefragten Fahrten seien relativ niedrig im Vergleich zum Angebot. Das sei nicht unbedingt negativ zu sehen. Denn der Vorteil des Ruftaxisystems sei, dass nur bei nachgefragten Fahrten Betriebskosten anfallen. Die Zahlen bei ALT liegen durchschnittlich mit drei Fahrgästen deutlich darüber.

Dr. Haller weist darauf hin, dass die Unterlagen alle Ausschussmitglieder bekommen.

Zur Flächenabdeckung in den einzelnen Landkreisbereichen erklärt er, z.B. seien im nordwestlichen Landkreis 83 % aller Adressen im Einzugsbereich einer Haltestelle im Umkreis von 400 m aufgeführt worden. Im südwestlichen Bereich des Landkreises liege der Einzugsbereich der Adressen bei 400 m bei 64 %. Die Berechnung hängt auch mit der Siedlungsstruktur zusammen. Es sei festzustellen, es können nicht alle Streusiedlungen und Flächen optimal angebunden werden können. Die Stadt Erding sei mit über 96 % voll erschlossen, insbesondere über den Stadtbusverkehr.

Diese Analysen seien für jeden Landkreisbereich gemacht worden.

Dr. Haller merkt weiter an, zu den beiden Workshops im April seien die Vertreter der weiterführenden Schulen, Elternbeiräte und Verkehrsunternehmen eingeladen worden. Dabei habe sich herausgestellt, dass die Schülerbeförderung ein zentrales Thema sei. Ein weiterer Punkt sei eine bessere Anbindung des Flughafens, eine bessere Anbindung an medizinische Einrichtungen und die Planungen im SPNV (Erdinger Ringschluss) gewesen.

Beim „Runden Tisch - Schülerverkehr“ im Juli 2009 seien die Themen angesprochen worden. Es seien die Angebotslücken am Nachmittag im Zuge des G 8 thematisiert worden, die Pünktlichkeitsprobleme und die zu knappen Ankunfts- bzw. Abfahrtszeiten zum Schulbeginn. Es sei insbesondere auch darauf hingewiesen worden, dass zum Teil eine bessere Kommunikation stattfinden muss, auch zum Teil seitens der Schulen, über die Internetseiten, etc. Generell sei festgestellt worden, der Schülerverkehr soll eine höhere Priorität im Landkreis erhalten.

Ein Punkt, bei dem es bei der Konzeption der Nahverkehrsplanung geht sei, ob den Schülerverkehren noch mehr Gewicht eingeräumt werden solle.

**Der Vorsitzende** merkt an, der Landkreis messe dem eine entsprechende Priorität bei. Es sei deshalb auch der „Runde Tisch“ von Seiten des

Landratsamtes im Wege einer Entscheidung der Verwaltung eingerichtet worden.



**Kreisrätin Bendl** fragt, ob der Nahverkehrsplan im Internet abrufbar sei oder die Ausschussmitglieder ihn per Mail bekommen können.

**LANDKREIS**  
**ERDING**

**Dr. Haller** antwortet, der Nahverkehrsplan sei momentan noch in der Bearbeitungsphase. Nach der Fertigstellung werde er den Ausschussmitgliedern zugestellt. Die Unterlagen von heute werden zum Protokoll gegeben.

Büro des Landrats  
BL

**Der Vorsitzende** sagt, der Nahverkehrsplan sei eine Zusammenfassung für den Landkreis. Es sei Wert darauf gelegt worden, dass die speziellen Kenntnisse vor Ort mit einfließen.

**Kreisrätin Dieckmann** merkt an, beim „Runden Tisch“ seien deutlich die Schulschlusszeiten genannt worden. Es werde jeden Tag der Schulschluss in der 6. Stunde um fünf Minuten gekürzt, damit die Schüler den Bus rechtzeitig erreichen. Das sei für die Schulleiter eine Kernaussage gewesen. Sie denkt, die Unterrichtszeit sei eine wertvolle Zeit, es kann nicht sein, dass jeden Tag der Unterricht um fünf Minuten gekürzt werde.

**Der Vorsitzende** betont, es steht zu wichtigen Regelschlusszeiten ein Schulbus bereit. Es sei nicht möglich, ab der vierten Stunde zur jeden vollen Unterrichtsstunde, einen Busverkehr im ganzen Umfang zu bieten. Er weist darauf hin, dass die Anbindung an die Stadtbuslinie und an den S-Bahnhof gewährleistet werden müsse. Mit der Kürzung der letzten Unterrichtsstunde um 5 Minuten erreichen die Schüler eine S-Bahn früher, die eigentlich nicht gedacht war. Die Schüler müssten regulär etwas auf die nächste S-Bahn warten.

Es werden Verbesserungen immer wieder umgesetzt. Er stellt fest, der Landkreis habe ein hervorragendes ÖPNV-System, das in einem Flächenlandkreis mit ca. 870 qkm so nirgends der Fall sei. Der Landkreis habe auf den Hauptlinien eine sehr gute Vertaktung, ein Flächendeckungsprinzip mit der Anbindung an den Hauptorten und in schwach besiedelten Räumen des Landkreises mit dem Rufbuskonzept Mitte der 90er Jahre einen Weg beschritten, der damals beispielgebend gewesen sei und weiter vor ca. fünf Jahren auf Linien Anruflinientaxen eingeführt, wo das Fahrgastaufkommen sehr gering war. Der ALT-Betrieb sei auch auf Tagesrandlagen auf den Hauptlinien (Theaterbus) ergänzt worden. All diese Entwicklungen seien positiv aufgenommen worden. Die Nachfrage bestätigt dies. Der Vorsitzende bedankt sich bei den Vertretern des MVV und MVV-Consulting für die konstruktive Arbeit, dass das zusätzliche Angebot auf den Weg gebracht werden konnte, das sich jetzt noch in der Pilotphase befindet.

Er betont, das Ganze sei aber nur umsetzbar, wenn die Versorgung finanziert werden kann. Er habe mit den Bürgermeistern schon vereinzelt Gespräche bezüglich der Kreisumlage geführt. Wenn ein Angebot vorgehalten und nicht angenommen wird, müsse auch mutig eine Streichung vorgenommen werden.





**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Kreisrat Hofstetter** fragt, inwieweit in der Analyse die Erreichbarkeit von medizinischen Einrichtungen und Senioreneinrichtungen erfasst worden sei.

**Dr. Haller** antwortet, die Erreichbarkeit von Kliniken sei mit eingeflossen, die Erreichbarkeit von Seniorenzentren nicht. Es gebe eine Anbindung an die Haupttorte. Oft befinden sich die Einrichtungen aber in einer Randlage.

Zum Schülerverkehr merkt er noch an, wenn dem Schülerverkehr mehr Priorität gegeben werden sollte, müsste in Einzelfällen vom Prinzip, eventuell zu Ungunsten eines anderen Anschlusses, Abstand genommen werden. Alles werde nicht unter einen Hut zu bringen sein.

Ansonsten könne er nur bestätigen, der Standard für den Flächenlandkreis Erding sei sehr hoch und sei durch die Verbesserung durch die ALT gestiegen.

**Kreisrat Peis** stimmt dem zu, die Schülerbeförderung müsse Priorität haben. Er habe in den vergangenen Jahren festgestellt, dass immer das Problem sei, dass auf den Anschluss auf die S-Bahn Rücksicht genommen werde und dadurch nicht auf die Bedürfnisse der Eltern und Schüler eingegangen werden kann. Aufgrund des großen Anteils der Schüler im Verhältnis müsse dann wirklich eine andere Entscheidung getroffen werden. Mit den ALT gebe es in den letzten Jahren eine erhebliche Verbesserung. Er versteht es nicht, warum an den Schulen kein gemeinsamer Schulschluss möglich sei.

**Der Vorsitzende** sagt, es kann kein Schulleiter dazu gezwungen werden. Die Situation sei unbefriedigend.

**Dr. Haller** merkt an, um die Planungen abschließen zu können seien verschiedene Einzelziele mit der Verwaltung abgestimmt und im versandten Beschlussvorschlag aufgelistet worden.

**Der Vorsitzende** fragt, ob Dr. Haller mit den Anrufsammeltaxis die eingeführten ALT meint. **Dr. Haller** sagt, das sei dasselbe.

**Dr. Haller** verweist auf den Beschlussvorschlag und verliert die einzelnen Ziele.

Er weist darauf hin, dass das Ziel: „Die Vergabe von Verkehrsleistungen erfolgt grundsätzlich nach dem Verfahren der marktorientierten Direktvergabe (MOD) oder sofern gesetzlich vorgegeben über Ausschreibungen im Wettbewerb.“ könne aufgrund der neuen Rechtslage nicht mehr empfohlen werden, weil die Konsequenzen noch nicht feststehen. Er würde empfehlen: „Die Vergabe von Verkehrsleistungen erfolgt grundsätzlich nach geltenden EU- und Bundesrecht.“ Herr Schenk könnte dazu näheres erläutern.

**Der Vorsitzende** sagt, entscheidend sei, dass der Landkreis gesetzliche Grundlagen mit beachten müsse, weil es öffentliche Linien betrifft.

**Kreisrätin Seeger** fragt, für welchen Zeitraum die Fortschreibung gedacht sei.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Dr. Haller** antwortet, in der Regel werde ein Nahverkehrsplan für einen Zeitraum von 5, 6 oder 7 Jahren gültig und soll fortgeschrieben werden. Er weist darauf hin, dass ein Nahverkehrsplan mittlerweile eine freiwillige Aufgabe sei.

**Der Vorsitzende** denkt, es macht Sinn, den Bestand aufzunehmen und das Ganze mit den Wünschen zu überprüfen und Anpassungen vorzunehmen. Vor 10 Jahren hätte z.B. niemand daran gedacht, dass für den Berufsverkehr nach 18 Uhr noch Linien notwendig seien. In der Zwischenzeit sei die Situation eine andere. Auch der Nachmittagsunterricht an den Schulen habe deutlich zugenommen. Diese Dinge können in einen Nahverkehrsplan mit einfließen.

**Kreisrätin Bendl** berichtet noch zu den gemeinsamen Schulschlusszeiten. Aus Sicht der Stadt Erding sei es eine Katastrophe, wenn alle drei Schulen (Gymnasien und Realschule) den gleichen Schulschluss haben. Auch das sollte berücksichtigt werden. Es wäre eine Erleichterung, wenn die Schulschlusszeiten versetzt wären.

**Der Vorsitzende** stellt fest, dass die Schüler aber alle mit den gleichen Bussen am Keltenhof abfahren. Es sei nicht möglich, alle 10 Minuten einen Bus fahren zu lassen. Die Anschlusszeiten am S-Bahnhof müssen gewährleistet werden.

**Kreisrat Wiesmaier** spricht sich gegen den neuen Vorschlag im Beschluss aus. Der Landkreis müsse sich irgendwo dem neuen EU-Recht beugen, weil es geltende Rechtslage sei. Er möchte darauf verweisen, dass der Landkreis schon dem geringsten Leistungs-, Kostenprinzip nach wie vor Rechnung tragen wolle und auch eine gewisse Regionalsituation mit einfließen lassen möchte. Er möchte keine Form, die alles ausschließt. Er denkt, der Landkreis sollte schon als derjenige, der die Finanzierung darstellt, ein gewisses Einflussrecht auch im Bereich der Finanzierung und bei den Vergaben haben. Er werde dem so nicht zustimmen.

**Der Vorsitzende** sagt, weil der Landkreis Zuschüsse bezahlt und öffentliche Gelder mit beteiligt sind, müsse sich der Landkreis entsprechend der EU-Richtlinie und der nationalen Gesetzgebung an diese Regeln halten. Momentan gelte noch die marktorientierte Direktvergabe.

**Kreisrat Wiesmaier** merkt an, es werde über den kleinsten Nenner diskutiert und alles sei zum Schluss über das EU-Bundesrecht geregelt. Deshalb seien das Kosten- Nutzenprinzip und das Regionalprinzip nach wie vor nicht ausgeschlossen. Er meint, dass das EU-Bundesrecht natürlich auch ausgelegt werden kann. Der Hinweis der Auslegung und der Spielräume, die gebraucht werden, um vor Ort arbeiten zu können, sollen im Vorschlag aufgenommen werden. Er weiß nicht, wer dagegen vorgehen sollte. Er stellt fest, in letzter Zeit werde nicht mehr versucht, die Dinge anzugehen. Es sei plötzlich ein neues EU-Recht, eine Novelle da und damit sei die Situation erledigt. Er denkt, dass mit einem Satz das so nicht geregelt sei.

**Kreisrätin Dieckmann** sieht die Sorge auch. Es sei die Frage dann, wie eine Ausschreibung formuliert werden kann, damit die örtlichen Unternehmen zum Zuge kommen.



**Kreisrat Oberhofer** schlägt vor, den Satz ganz zu streichen. Dadurch gebe es Gestaltungsmöglichkeiten, die der Regionalität entgegen kommen.

**Dr. Haller** berichtet, der Landkreis Fürstenfeldbruck habe dieses Ziel in der ursprünglichen Fassung aufgenommen. Jetzt sei diese Formulierung in der Form nicht mehr möglich, sich so zu äußern.

**Der Vorsitzende** sagt, der Passus sei gewollt gewesen, weil auf die marktorientierte Direktvergabe Wert gelegt worden sei. Es sei jetzt eine andere Situation dargestellt worden. Er schlägt vor, den Absatz ganz zu streichen.

**Kreisrat Rübensaal** merkt an, seit Jahren werde die Diskussion über das Problem der Altkonzessionen geführt. Er fragt, ob der Stand immer noch der gleiche sei.

**Der Vorsitzende** antwortet, es habe sich eine Änderung ergeben. Die EU habe eine Beschlusslage herbeigeführt, dass die marktorientierte Direktvergabe ab 03.12.2009 nicht mehr möglich sei. Die Experten werden das erläutern.

**Kreisrat Fischer** findet es komisch, was alles diskutiert wird. Er möchte dem Vorsitzenden keinen Beschluss zumuten, aus dem hervorgeht, dass er sich nicht an geltendes Recht hält. Jeder weiß, was das Wort „grundsätzlich“ bedeutet.

**Der Vorsitzende** denkt, der Vorschlag von Kreisrat Wiesmaier sei nachvollziehbar, dass sich der Landkreis möglichst wenig einschränken sollte.

**Kreisrätin Seeger** denkt, es sei egal, ob der Passus im Beschluss steht oder nicht.

**Kreisrat Gruber** fragt, wenn Angebote reduziert werden, ob dann eine Deckelung erreicht werde.

**Der Vorsitzende** erklärt, das habe nichts mit dem zu tun, was im nächsten Jahr im ÖPNV beschlossen wird. In der Grundkonzeption sei ein Angebot vorhanden. Wenn z.B. eine Gemeinde sagt, sie möchte eine andere Anbindung haben, müsse sie aber für den Spezialwunsch die Mehrkosten übernehmen.

Hinzu kommt, dass eine Gemeinde für innerörtliche Verkehre (z.B. die Stadt Erding für den Stadtbusverkehr) das Defizit übernehmen müsse.

Nach eingehender Diskussion bringt der Vorsitzende folgenden Vorschlag zur Abstimmung.

StrVU/0031-14

#### **Zielsetzungen Fahrplan und Angebot**

Der Schülerverkehr hat einen hohen Anteil am öffentlichen Linienverkehr. Insbesondere zum regulären morgendlichen Unterrichtsbeginn und zu wichtigen Regelschlusszeiten, G 8 und 6-stufige Realschule werden berücksichtigt, der öffentliche Linienverkehr soll sich am Bedarf der Schüler orientieren. Dabei sollen

Taktabweichungen und die Aufgabe von Anschlüssen zugunsten des Schülerverkehrs möglich sein, ohne dabei das vertaktete Linienprinzip aufzugeben.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

In den Normal- und Schwachverkehrszeiten (vormittags, nachmittags, abends, samstags, sonntags) ist, soweit finanzierbar, eine Grundversorgung anzustreben.
Anrufsammeltaxis (AST) sollen grundsätzlich die Schwachverkehrszeit (SVZ) im gesamten Landkreis abdecken.
Die geplante Verlegung der S-Bahnstation Erding und der neue Haltepunkt Schwaigerloh im Rahmen des Erdinger Ringschlusses sollen bei den Planungen beachtet werden.
Die veränderten verkehrlichen Rahmenbedingungen (erhöhtes Verkehrsaufkommen, neue Verkehrsführungen, verkehrsberuhigende Maßnahmen) sollen bei der Angebotsplanung, soweit dies aus Umlaufgründen möglich und finanziell darstellbar ist, berücksichtigt werden. <del>Wenn</del> möglich, sollen die Fahrzeiten durch direktere Fahrtwege verkürzt werden.
<b>Zielsetzungen Fahrgastinformation</b>
Die Einführung von Echtzeitinformationen im Regionalbusverkehr (durch RBL) soll die Fahrgastinformation verbessern.
Die Fahrgäste sollen verstärkt durch lokale Veröffentlichungen über das Angebot im öffentlichen Verkehr informiert werden (weitgehend kostenneutral).
<b>Zielsetzungen Umsetzung</b>
Anzustreben ist die Einführung einer einheitlichen Rufbuszentrale und Anmeldemöglichkeit für Rufbusfahrten über die EFA.
Bei der Erprobung neuer Verkehrsangebote sind grundsätzlich mindestens zwei Jahre vorzusehen, empfehlenswert wären 3 Jahre.
Vor einer endgültigen Einführung ist eine Erfolgskontrolle durchzuführen.
Für die Vergabe werden Qualitätsstandards bezüglich Fahrzeug, Personal und Betrieb festgelegt.
<b>Zielsetzungen Finanzierung</b>
Zur Minimierung der Betriebskosten soll eine weitgehende Optimierung der Fahrzeugumläufe beitragen.
Angebote bzw. Angebotsforderungen, die über den Standard Nahverkehrsplan hinausgehen werden nicht grundsätzlich abgelehnt, müssen jedoch anders (z.B. über eine Kostenbeteiligung von Gemeinden) finanziert werden.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 13 : 0 Stimmen.**



**LANDKREIS**  
**ERDING**

**2. Haushaltswesen**  
**Feststellung und Entlastung für den Jahresabschluss 2007**  
**"DSD Landkreis Erding"**  
**Vorlage: 2009/0523**

**Der Vorsitzende** verweist auf die versandte Vorlage.

Ohne Diskussion fasst der Ausschuss für Struktur, Verkehr und Umwelt folgenden Beschluss:

Büro des Landrats  
BL

StrVU/0032-14

Dem Kreisausschuss und Kreistag wird empfohlen, den Jahresabschluss 2007 „DSD-Landkreis Erding“ mit folgenden Abschlusszahlen festzustellen und die Entlastung zu erteilen:

<b>Jahr 2007</b>	
Bilanzsumme	1.413.413,62 €
Jahresgewinn	71.931,00 €

Der Jahresgewinn ist auf die neue Rechnung vorzutragen.  
(ohne KR Rübensaal)

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 12 : 0 Stimmen.**

**3. Haushaltswesen**  
**Betrieb gewerblicher Art "DSD Landkreis Erding";**  
**Verrechnung der Rücklagen des Betriebes mit den Forderungen**  
**gegenüber dem Landkreis**  
**Vorlage: 2009/0526**

**Der Vorsitzende** begrüßt für eventuelle Fragen Herrn Enzfelder vom Kommunalen Prüfungsverband.

Der Vorsitzende erklärt zur versandten Vorlage, es handelt sich um eine umfangreiche Rechtssystematik. Herr Eckl vom Kommunalen Prüfungsverband habe bei der Erstellung der Steuererklärung 2008 eine Verminderung der Rücklagen des Betriebes „DSD - Landkreis Erding“ um 1.200.000 € befürwortet. Der Vorschlag sei bereits im Haushalt so eingeplant worden.

Der Betrieb „DSD - Landkreis Erding“ sei eine gewerbliche Einrichtung. Dabei gehe es auch um steuerrechtliche Aspekte und haushaltsrechtliche Dinge.

**Herr Enzfelder** erklärt, der Bereich DSD sei als steuerpflichtig anzusehen und müsse steuerpflichtig wie eine Bilanz behandelt werden. Der Landkreis habe ein relativ hohes Verrechnungskonto. Es müssen in jedem Abschluss die Zinserträge aufgebaut werden, die zu versteuern sind.

Es sei festgestellt worden, dass bei einer Entnahme von 1,2 Mio € ein Teil der Ausschüttung ohne Kapitalertragssteuerbelastung mit dem vorhande-



nen steuerlichen Einlagekonto verrechnet werden kann. Es stellt sich die Frage, ob die Einrichtung weiter so geführt oder durch eine Ausschüttung Geld entnommen werden soll.

Bei einer Ausschüttung sei natürlich eine Ertragssteuer von rd. 83.998 € zu zahlen. Künftig werden dann aber für den Betrag von 1.200.000 € keine Zinseinnahmen mehr zu versteuern sein. Diese jährliche ca. 30%ige Ersparnis an Körperschaftssteuer und Gewerbesteuer beträgt bei Verrechnungszinsen von fiktiv 3 % bis 4 % rd. 11.000 € bis 14.000 €. Spätestens nach ca. 6 bis 7 Jahren werde sich die Gewinnausschüttung aus steuerlicher Sicht finanziell positiv für den Landkreis auswirken.

**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Kreisrat Peis** denkt, der Landkreis sollte die Möglichkeit nutzen, wie jeder andere Betrieb auch.

**Kreisrat Fischer** fragt, wie hoch die Rücklagen seien und ob sie noch gebraucht werden.

**Herr Helfer** weist darauf hin, es handelt sich um fiktive Rücklagen. Es fließt dabei kein Geld. Es ergibt sich über die nächsten Jahre hinaus eine Einsparung durch die kalkulatorischen Zinsen.

Wenn z.B. 2007 ein Jahresgewinn erwirtschaftet worden sei, sei der Jahresgewinn steuerrechtlich in die Rücklagen geflossen. Das Ganze sei ein theoretisches Gebilde.

Für 2008 müssen 16.000 € an Kapitalertragssteuer und 900 € Solidaritätszuschlag gezahlt werden. Gewerbesteuer sei für 2008 nicht zu zahlen. Der Landkreis werde sich damit im nächsten Jahr rd. 6.000 € bis 10.000 € an Steuern sparen. Dafür sei einmalig die Rücklagenentnahme durchzuführen. Dafür seien 15 %, insgesamt ca. 83.998 € an Kapitalertragssteuer zu zahlen.

**Kreisrätin Bendl** findet diese Möglichkeit erfreulich. Es sei ein dickes Lob demjenigen auszusprechen, der auf die Idee gekommen sei.

**Der Vorsitzende** weist darauf hin, einen Betrieb gewerblicher Art haben nicht alle Landkreise. Es sei die Überlegung gewesen, die Rücklage aufzulösen.

**Der Vorsitzende** bringt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

StrVU/0033-14

Dem Kreisausschuss und Kreistag wird empfohlen, die Rücklagen des Betriebes gewerblicher Art „Landkreis Erding DSD“ um 1.200.000 € zu vermindern und diesen Ausschüttungsbetrag mit den Forderungen des Betriebes „Landkreis Erding DSD“ gegenüber dem Landkreis Erding zu verrechnen.

Die für die Entnahme aus dem Betrieb gewerblicher Art (= Gewinnausschüttung) notwendigen Landkreishaushaltsmittel für die im Jahr 2009 fällige Kapitalertragssteuer, zuzüglich Solidaritätszuschlag, von insgesamt 83.998 € werden überplanmäßig durch eine

Rücklagenentnahme aus der Sonderrücklage DSD bereitgestellt. Außerdem werden die überplanmäßigen Ausgaben von 83.998 € im Verwaltungshaushalt (UA 7202) für die fällige Kapitalertragsteuer und den Solidaritätszuschlag genehmigt.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 12 : 0 Stimmen.**  
(ohne KR Rübensaal)

#### **4. Haushaltswesen – Kreisstraßen Genehmigung einer Eilentscheidung Vorlage: 2009/0559**

**Der Vorsitzende** verweist auf die versandte Vorlage. Er erklärt, ursprünglich sei nur eine Deckenbaumaßnahme auf der ED 20 geplant gewesen. Dafür hätte es keine Zuschüsse gegeben. Aufgrund des notwendigen Vollausbaus werden Zuschüsse gezahlt. Es sei anzunehmen, dass sich durch die zu erwartenden Zuschüsse keine Mehrkosten ergeben werden.

Nachdem sich keine Wortmeldungen ergeben, bringt der Vorsitzende folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

StrVU/0034-14

Der als Eilentscheidung vergebene Nachtrag für den Vollausbau der ED 20 an die Firma Brandl GmbH, Neufraunhofen in Höhe von 124.356,90 € wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 13 : 0 Stimmen.**

#### **5. Bekanntgaben und Anfragen 5.1 Integriertes Klimaschutzkonzept Vorlage: 2009/0561**

**Der Vorsitzende** gibt bekannt, dass er wie vom Ausschuss vorgegeben, in einer Bürgermeister-Dienstbesprechung bezüglich eines Klimaschutzkonzeptes beraten habe. Es sei dabei festgelegt worden, dass der Landkreis nicht stellvertretend für die Gemeinden ein Klimaschutzkonzept beauftragt und auch nicht für Teile des Landkreises tätig werden soll. Die Gemeinden möchten das selber machen.

Viele Gemeinden seien bereits auf dem Weg, solche Konzepte selber in Auftrag zu geben. Der Landkreis werde, so der Wunsch der Bürgermeister, ausschließlich tätig, in dem er einen Fragebogenkatalog modifiziert und an die Gemeinden weiterleiten wird.

Der Landkreis könnte vielleicht noch, was ursprünglich geplant war, ein Energiekonzept mit Kosten von ca. 30.000 bis 40.000 € erarbeiten lassen. Dazu sei er mit Experten aus dem Umweltministerium in Verbindung. Es könnte ein Energieatlas, ähnlich wie es der Landkreis Mühldorf a. Inn verwirklicht habe, auf den Weg gebracht werden.



**Kreisrätin Seeger** denkt, es sei selbstverständlich, die Meinung der Bürgermeister zu respektieren.

Es sei jedoch aufgrund des Antrages der CSU-Fraktion in der Sitzung des Ausschusses für Struktur, Verkehr und Umwelt am 24.11.2008 beschlossen worden, ein Energiekonzept für den Landkreis zu erstellen. Dem sei nachzukommen. Sie denkt, dass in einer der nächsten Sitzung das Thema erneut auf der Tagesordnung sein werde.

**Der Vorsitzende** verliest den von der CSU-Fraktion gestellten Antrag:

1. Die CSU-Kreistagsfraktion beantragt die Erarbeitung eines kommunalen Energiekonzeptes für den Landkreis Erding.
2. Dazu ist zunächst durch die Verwaltung der Ist-Zustand im Landkreis und seinen Städten, Märkten und Gemeinden zu erfassen.
3. Ausgehend von den dabei gewonnen Erkenntnissen soll im Ausschuss für Struktur, Verkehr und Umwelt ein Energiekonzept für den Landkreis Erding erarbeitet werden. Außerdem sollen Handlungsmöglichkeiten für die Städte, Märkte und Gemeinden im Landkreis aufgezeichnet werden, ohne dass seitens des Landkreises in deren Zuständigkeit eingegriffen wird.
4. Die Arbeiten sollen so angelegt werden, dass sie innerhalb eines Jahres abgeschlossen werden können.

**Der Vorsitzende** erklärt, der Punkt 4 des Antrages habe nicht erfüllt werden können.

Der Punkt 3 habe teilweise erfüllt werden können. Wenn die Gemeinden, die antragsberechtigt sind, entsprechend das selber machen möchten, kann der Landkreis das nicht stellvertretend für die Gemeinden beantragen.

Der Punkt 2 werde von der Verwaltung erledigt, wenn die Gemeinden die Daten zur Verfügung stellen.

Zu Punkt 1 sei er in Gesprächen mit Experten im Umweltministerium. Es werde geprüft, ob der Landkreis vielleicht eine Art Energieatlas auf die Wege bringen kann, ähnlich wie er im Landkreis Mühldorf bereits aufgelegt worden sei.

Ein Klimaschutzkonzept gebe es definitiv nicht, weil die Gemeinden sich anders positioniert haben. Nur dafür wäre ein Zuschuss gewährt worden.

Der Vorsitzende berichtet, im Landkreis sei jedoch bereits einiges im energetischen Bereich umgesetzt worden. Seit ca. 1 ½ Jahren werde bereits die Energieberatung mit Herrn Gerbl durchgeführt. Der Vorsitzende richtet die Bitte an die Presse, Werbung dafür zu machen. Herr Gerbl habe berichtet, dass immer weniger Bürger die kostenlose Beratung in Anspruch nehmen.

Zudem werden beim Durchsehen der Bauanträge die Bauherren darauf hingewiesen, wenn ein Verbesserungsbedarf gesehen wird.

Ein weiterer Punkt sei, ein Energiekonzept für die Liegenschaften des Landkreises zu erarbeiten. Dazu sei bereits die Ausschreibung erfolgt und





**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

der Antrag für die Bezuschussung eingereicht worden. Das Konzept werde dann erneut im Ausschuss vorgestellt, um Prioritäten festzulegen, mit wie viel Geld was erreicht werden kann.

Im Weiteren sei es die Überlegung gewesen, das Ganze durch ein Klimaschutzkonzept zu erweitern, das jetzt die Gemeinden selber machen werden. Die Gemeinde Taufkirchen habe ihr Klimaschutzkonzept bereits vorgestellt. Andere Gemeinden seien in der Findungs- oder Umsetzungsphase.

**Kreisrätin Dieckmann** merkt an, einige Fraktionen haben sich mit Herrn Brandl nochmals getroffen. Es sei dabei festgestellt worden, dass es für kleinere Gemeinden sinnvoll sei, sich zu Bündnissen bis zu etwa 10.000 Einwohner zusammenschließen, um einen Energienutzungsplan auf den Weg zu bringen. Deshalb könne sie dem nur zustimmen, dass es wenig Sinn macht, ein Energiekonzept durch den Landkreis durchzuführen. Sie wartet gespannt auf das Ergebnis der Gespräche mit dem Umweltministerium.

Sie regt an, trotzdem eine Koordination (Einladung der Umweltreferenten der Gemeinden) zu überlegen.

**Der Vorsitzende** klärt sich dazu bereit. Die Frage sei nur, wo der Landkreis die Zuständigkeit habe, denn es sei eine freiwillige Aufgabe der Gemeinden.

**Kreisrat Peis** weist darauf hin, dass eine Doppelförderung nicht möglich sei. Er denkt, dass es aber nach wie vor möglich sei, dass der Landkreis eine gewisse Koordinierungsfunktion übernimmt.

**Kreisrätin Bendl** verweist auf den Beschluss zum Antrag der CSU-Fraktion. Herr Brandl habe gesagt, das Bayer. Umweltministerium habe angeboten, die Aktivitäten des Landkreises kostenfrei zu unterstützen. Der Landkreis könne als Pilotanwender den Leitfaden von Prof. Hausladen anwenden und testen. Sie möchte wissen, ob das in den Gesprächen enthalten sei.

**Der Vorsitzende** sagt, das sei nicht Grundlage. Das Angebot werde als Koordinierung verstanden. Der Leitfaden werde zur Verfügung gestellt und der Landkreis werde den Leitfaden mit den entsprechenden Modifizierungen den Gemeinden zur Verfügung stellen, damit möglichst einheitlich der Landkreis die Bestandserfassung der Gemeinden übernehmen könnte. Er weist darauf hin, dass keine Gemeinde verpflichtet werden kann, den Leitfaden anzuwenden.

## **5.2 Grüngutanlieferung bei der Fa. Wurzer**

**Kreisrat Wiesmaier** berichtet, Bürger seiner Gemeinde haben berichtet, dass eine Anlieferung von Grüngut bei der Fa. Wurzer für Private gefährlich sei, weil bei der Anlieferung über das Betriebsgelände gefahren werden muss. Er bittet zu prüfen, inwieweit eine Regelung für Kleinanlieferer oder Privatanlieferer zu treffen wäre.



**Der Vorsitzende** antwortet, das Anliegen werde an das Sachgebiet 13 „Abfallwirtschaft“ weitergeleitet.

### 5.3 Airfolgsregion - Anfrage

**Kreisrätin Dieckmann** möchte Näheres zum Thema Airfolgsregion wissen, weil sie in der Presse von Stellenanzeigen gelesen habe.

Büro des Landrats  
BL

**Der Vorsitzende** berichtet, nach wie vor gibt es die Zweckvereinbarung, nicht einen Zweckverband. Es werde für die Geschäftsstelle hauptamtliches Personal eingestellt, ein Geschäftsführer und eine Schreibkraft. Im Haushalt 2009 seien die Haushaltsmittel dazu bereits aufgestockt worden. Eine Umsetzung werde im entsprechenden Gremium beraten und vorgestellt. Der Sitz soll in Freising sein. Es werden dort Räume angemietet. Es geht dabei um Marketingmaßnahmen und die weitere Entwicklung des Bereiches „Airfolgsregion“, der sich bewährt habe. Es geht auch um eine Verstetigung der Auftritte bei den Messen. Die vor kurzem stattgefundene Expo Real sei erfolgreich gewesen. Die Airfolgsregion werde auch bei der ITB (Internationale Tourismusbörse) wieder präsent sein. Diese Messeauftritte müssen organisiert werden. Bisher sei das im Wechsel im Vorsitz mit den Mitarbeitern im Landratsamt gemacht worden. Er denkt, es sei richtig, wenn das Personal fest dafür angestellt und unabhängig davon sei, wer den Vorsitz inne hat. Der Beschluss sei entsprechend gefasst worden.

**Kreisrätin Dieckmann** denkt, es wäre interessant, in einer der nächsten Sitzungen das näher darzustellen.

**Der Vorsitzende** antwortet, das Thema sei bereits im Ausschuss dargestellt worden, bei der Entscheidung Zweckverband, GmbH, etc. Es sei jedoch eine weitere Darstellung geplant.

Er berichtet, weil momentan der Landkreis Freising die Geschäftsführung bewerkstelligt, aber der Stellenplan des Landkreises Freising andere Positionen vorsieht, habe sich die Stadt Freising bereit erklärt, gegen Kostenerstattung die beiden Stellen anzusiedeln. Auch der Landkreis Erding habe angeboten, eine Stelle im Haushalt gegen Kostenerstattung abzudecken. Das sei aber nicht notwendig. Der Landkreis habe deshalb auch keine Entscheidungsrelevanz.

Weiter Wortmeldungen ergeben sich nicht, Der Vorsitzende beendet den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Struktur, Verkehr und Umwelt um 16.45 Uhr.

Vorsitzender

Protokoll

Martin Bayerstorfer  
Landrat

Elfriede Mayer  
Verwaltungsangestellte